

DER VOLKSWIRT

Wirtschaftsgeschichte statt Krisenpalaver

Wer von der Krise des Kapitalismus spricht, zeigt einen beklagenswerten Verlust historischen Wissens. Was die Wirtschaftsgeschichte über Krisen lehrt.

Von Peter Bernholz

In den letzten Jahrzehnten ist der Wirtschafts- wie auch der Dogmengeschichte an den deutschsprachigen Universitäten immer weniger Aufmerksamkeit geschenkt worden. Gerade in der gegenwärtigen Krise zeigen sich die negativen Auswirkungen, wenn es an historischem Wissen fehlt. Hätten die Verantwortlichen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik wenigstens einmal Charles Kindlebergers Klassiker „Manias, Panics, and Crashes“ gelesen, wären sie vielleicht nicht so überrascht worden von der Wucht der Rezession. Dort kann man nachlesen, dass im Durchschnitt alle zehn Jahre mit einer Krise zu rechnen ist. Schwere Krisen sind zwar seltener. Doch ist beileibe die in den Jahren nach 1929 nicht die einzige schwere Krise gewesen.

Im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ von 1900 steht über die große Krise von 1873: „Von der Wiener Börse ausgehend, hat sie sich bis zum Jahre 1880 allmählich über Italien, Russland, Nordamerika, Deutschland, England, Holland, Belgien und selbst Südamerika und Australien ausgebreitet und sämtliche große Welthandels- und Industriezweige erfasst (Eisen-, Kohlen- und Textilindustrie, chemische Industrie, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, Eisenbahn- und Dampfschiffbau). ... Den Höhepunkt erreichte die Krise am 9. Juni mit dem Falliment (d.h. Bankrott, d. Red.) der Wechselbank. Nun gerieten auch die deutschen Börsenplätze in Schwierigkeiten. Das Publikum wollte sich seines Effektenbesitzes schnell entledigen. Die Papiere sanken plötzlich um 30 bis 50 Prozent.“

Heute breitet sich eine Krise wegen der stärkeren globalen Vernetzung schneller aus. Doch aktuelle Äußerungen, die von einer fundamentalen „Krise des Kapitalismus“ oder der Verursachung derselben durch den „Neoliberalismus“ sprechen, zeigen nur einen beklagenswerten Verlust historischen Wissens. Für das gegenwärtige marktwirtschaftliche System ist keine brauchbare Alternative in Sicht. Trotz mancher Rückschläge seit der Krise von 1873 hat dieses System eine ungleiche Steigerung unseres Wohlstands und der Lebenserwartung gebracht. In gewissem Maß hat die Unkenntnis der Geschichte auch die Handlungen verursacht, die zur Krise führten, etwa den Versuch des geldpolitischen „Fine-tuning“ durch die amerikanische Notenbank Federal Reserve.

Natürlich darf es beim Studium der Wirtschaftsgeschichte nicht um bloße Faktenhuberei gehen. Ein genaues Studium der Wirtschaftsgeschichte ist aber in vielen Fällen unentbehrlich für die Entwicklung und Überprüfung der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie. Dabei ist möglichst von Hypothesen auszugehen, deren Gültigkeit über die Jahrhunderte aufgrund des historischen Materials zu überprüfen ist. Notfalls sind diese anzupassen oder durch andere zu ersetzen.

Allerdings vertreten verschiedene Historiker die Ansicht, dass es in der Geschichte keine ökonomischen Gesetzmäßigkeiten geben könne, da jedes historische Ereignis einmalig sei. Manche fordern sogar, dass historische Perioden nur mit den damals gängigen Vorstellungen und Begriffen erfasst werden dürften. Die-



Illustration Peter von Tresckow

se Auffassungen sind jedoch falsch, wie ich vor einigen Jahren an Beispielen aus der monetären Theorie, wie dem „Greshamschen Gesetz“, gezeigt habe (in dem Buch „Monetary Regimes and Inflation. History, Economic and Political Relationships“). Das Greshamsche Gesetz besagt, dass schlechtes Geld gutes Geld bei festen Wechselkursen verdrängt (etwa Münzen mit geringerem Silbergehalt die echten Silbermünzen, die gehortet oder ausgeführt werden). Wie ein genaues Studium zeigt, gilt es für die ganze bekannte Geschichte seit dem peloponnesischen Krieg (was ein Zitat von Aristophanes belegt).

Hyperinflationen, die für die betroffenen Menschen besonders schmerzhaft sind, bieten der Wissenschaft ein spannendes Feld. So konnte man während der Hyperinflation in Serbien und Montenegro, die bis Anfang 1994 dauerte, aufällige Wechselkursverschiebungen feststellen, die weit stärker waren als die interne Geldentwertung. Das Niveau der Großhandelspreise in Serbien stieg von Juni bis Dezember 1993 auf das 408-fache, während der Wechselkurs des Dinar zur D-Mark auf das 4155-fache kletterte. Die Kaufkraft des Dinar im Inland war also noch wesentlich höher als im Ausland – die sogenannte Kaufkraftparität galt nicht mehr. Es trat damit eine Unterbewertung des Dinar ein, der sogenannte reale Wechselkurs fiel gewaltig. Gleichzeitig wurde der Dinar immer mehr von der D-Mark verdrängt. Gegen Ende dieses Prozesses waren selbst Taxifahrer nicht mehr bereit, die heimische Währung anzunehmen.

Hier stellen sich nun zwei Fragen: War die Unterbewertung der Währung einmalig, oder gilt sie für alle Hyperinflatio-

nen? Wurde die Unterbewertung durch die „Währungssubstitution“ veranlasst, weil die unter dem rapiden Geldverfall leidende Bevölkerung verzweifelt versuchte, eine stabile Fremdwährung (in diesem Fall D-Mark) zu kaufen, und führte die dadurch gestiegene Nachfrage zum stärkeren Anstieg des Wechselkurses? Diese Fragen sind nur durch das Studium weiterer historischer Fälle zu beantworten.

Bislang hat es insgesamt 30 Hyperinflationen gegeben, von denen die in Serbien und Montenegro die zweitgrößte war. Die erste fand während der Französischen Revolution bis 1796 statt, alle anderen erfolgten nach 1914, nachdem fast alle Länder den Goldstandard aufgegeben hatten. Aktuell können wir eine Hyperinflation in Zimbabwe beobachten. In den weitaus meisten dieser Fälle kam es zu einer gravierenden Unterbewertung und umfangreicher „Währungssubstitution“. Dies war sogar schon bei der Papiergeldinflation bis etwa 1450 unter der chinesischen Ming-Dynastie zu beobachten.

Unser Beispiel legt nahe, dass auch bei anderen Problemen von grundlegender institutioneller oder langfristiger Natur nur durch umfassende historische Analysen entsprechende Gesetzmäßigkeiten entdeckt und überprüft werden können. Oftmals sind für diese Probleme keine mathematischen Formulierungen vorhanden, sondern nur verbale. So hat Douglass North für seine Suche nach den Gründen für den Aufstieg des Westens, der um 1400 noch weit hinter der Entwicklung in China zurücklag, den Nobelpreis erhalten. Inzwischen vermuten immer mehr Forscher, dass einer der wesentlichen Gründe dafür im politisch-militärischen und wirtschaftlichen Wettbewerb der

Staaten in Europa zu suchen ist. Denn in diesem verschafften sich diejenigen Staaten Vorteile, die durch die Entwicklung oder Nachahmung geeigneter Institutionen die wirtschaftliche Entwicklung am besten förderten. Im Gegensatz dazu zeigen große Einheitsreiche wie das chinesische, das persische und römische nach einer gewissen Zeit zur Stagnation.

Abschließend eine Bemerkung zur Dogmengeschichte. Sicherlich sind ältere Autoren nicht deshalb gegenwärtigen vorzuziehen, weil sie früher gelebt haben. Aber es gibt Fälle, in denen ihre Analyse nach wie vor relevant ist. So haben Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek schon in den zwanziger und dreißiger Jahren die Informations- und Motivationsprobleme von planwirtschaftlichen Systemen besser erkannt als verschiedene spätere Autoren, darunter selbst Paul Samuelson. Vor allem aber kann die Beschäftigung mit früheren theoretischen Ansätzen durch den Vergleich mit neueren zu Bescheidenheit führen. Neulich habe ich das Buch von Gottfried Haberler „Prosperity and Depression“ (1937) nochmals durchgelesen und es mit mathematisch formulierten Modellen verglichen, wie sie Lutz G. Arnold 2002 in „Business Cycle Theory“ vorstellt. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass eigentlich kein wesentlicher Fortschritt erzielt worden ist. Das mag aber daran liegen, dass – wie die Chaostheorie zeigt – bei komplexen Systemen wie den Konjunkturschwankungen wegen der vielfältigen nichtlinearen Rückkopplungen unvorhersehbare Entwicklungen eintreten können. Die Geschichte bestätigt auch dies.

Professor Dr. Peter Bernholz ist emeritierter Professor für Wirtschaft an der Universität Basel.

WIRTSCHAFTSBÜCHER

Hoffnung auf Europa

Das deutsche Gesundheitswesen benötigt Reformen

Die Autoren bündeln in diesem Buch politisch-ökonomische und juristische Analysen zum deutschen Gesundheitssystem. Dabei fällt auf, dass der erste und ökonomische Teil des Buches deutlich kürzer als der zweite und juristische Teil des Buches ist. Die ökonomische Analyse müsste für jeden nachvollziehbar sein, der sich auf wirtschaftliches Denken einlassen will: Internationale Vergleiche zeigen, dass das deutsche Gesundheitssystem eher durch hohe Ausgaben, viele Krankenhausbetten und lange Verweildauern im Krankenhaus als durch besonders hohe Lebenserwartung oder überzeugende Heilerfolge charakterisiert wird. Der Verdacht der Autoren ist plausibel: Man könnte es besser machen. Zu Recht schließen die Autoren aus der demographischen Entwicklung auf eine Nachhaltigkeitslücke bei der Finanzierung. Man wird es also irgendwann besser machen müssen.

Die Autoren halten Folgendes für wünschenswert: die Entkoppelung der Finanzierung des Gesundheitswesens von den Arbeitskosten; Wettbewerb und Preissignale, die Anreize für kostenbewusstes Handeln bieten; risikogerechte Prämien und mehr Wahlfreiheit für die Versicherten und Patienten. Dabei entstehende Probleme wie Selektionseffekte, moralische Risiken oder Mindeststandards für die Versorgung aller werden diskutiert. Recht kurz, aber letztlich einleuchtend ist die Analyse, warum die Politik immer wieder zu kurz gesprungen ist und bei halberherzig Schritten zu einem effizienten und auf Dauer bezahlbaren Gesundheitssystem stehenbleibt. Die Autoren scheinen mit keinem denkbaren Ergebnis von Wahlen und Koalitionsverhandlungen die Hoffnung auf grundsätzliche Reformwilligkeit zu verbinden.

Statt in demokratischen Entscheidungen der Wähler oder ihrer Repräsentanten die Chance zur Korrektur von Fehlentwicklungen zu sehen, setzen sie auf die Wirkung langfristig bindender Verträge, mit denen sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dem Gemeinschaftsrecht unterworfen haben. Denn in einigen Bereichen wie der Telekommunikation oder der Energiewirtschaft hat die EU den Wettbewerb und marktwirtschaftliche Problemlösungen

gestärkt. Mit beeindruckender Detailkenntnis analysieren die Autoren die europäischen Rechtsnormen, die Ansatzpunkte für mehr Markt bieten könnten, und die Rechtsprechung dazu. Aus gelegentlicher Kritik an einzelnen Urteilen kann der Leser ableiten, dass nicht alle Richter bei jeder Gelegenheit die Normen so ausgelegt haben, dass dadurch marktwirtschaftliche Entwicklungstrends gefördert wurden.



Charles B. Blankart et al.: Das deutsche Gesundheitswesen zukunftsfähig gestalten.

Verlag Springer, Berlin 2009, 226 Seiten, 89,95 Euro.

Wirklich brisant aber ist die folgende Überlegung der Autoren, die in leichten Abwandlungen mehrfach vorgetragen wird und folglich erneut genommen werden muss: „Wenn, wie die vorliegende Studie zeigt, die sozialen Ziele eines Systems der sozialen Sicherheit effektiver und effizienter durch verstärkte Elemente des Wettbewerbs erreicht werden, so sind die Mitgliedstaaten nach den Grundregeln des Gemeinschaftsrechts gehalten, das für ihre Bürger/innen soziale System zu wählen – sie sind nicht berechtigt, „das Geld zum Fenster hinauszuerwerfen.“

Als Steuerzahler und potentieller Patient darf man mit den Autoren hoffen, dass diese Interpretation vom Europäischen Gerichtshof geteilt wird. Als stimmberechtigter Bürger aber fragt man sich, wie langfristig politische Bindungen in die Zukunft hinein wirken sollen, wie viel Souveränität Deutschland schon an die EU abgetreten hat, wie weit politische Entscheidungen von den Wählern oder ihren gewählten Repräsentanten auf Gerichte oder andere Experten übertragen werden sollen. Diese rechtsphilosophischen und demokratietheoretischen Fragen sind neben der reichhaltigen Detailinformation ein zusätzlicher Grund, dieses in seinen Implikationen brisante Buch zu lesen. ERICH WEDE

Denken in Ordnungen

Ein Sammelband stellt die Vertreter der Freiburger Schule vor

Im Chaos der Finanz- und Weltwirtschaftskrise wächst das Bedürfnis nach geistigem Halt und Orientierung. Welche Reformen sind geeignet, welches staatlichen Ordnungsrahmens bedarf es für die Wirtschaft, um einer Wiederholung einer solchen Katastrophe vorzubeugen? Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn hat es auf den Punkt gebracht: Wir müssen Eucken – eine Chiffre für den Ordoliberalismus – nach Amerika exportieren, um dort ein Umdenken zu bewirken. Doch wissen wir selbst noch, wer Walter Eucken war und was die Freiburger Schule lehrte und was „Denken in Ordnungen“ bedeutet?

Der vorliegende Band vereint grundlegende Texte aus sieben Jahrzehnten von 26 Wissenschaftlern aus der Freiburger Schule sowie Vertretern verwandter Denkansätze. Die Texte werden von ausgewiesenen Fachleuten klug kommentiert und eingeordnet, die Autoren treffend porträtiert: Anfängen von Eucken und Franz Böhm über Ludwig Erhard, Wilhelm Röpké und Alexander Rüstow – sowie auch Erich Welter, den Gründungsherausgeber dieser Zeitung – bis hin zu Friedrich August von Hayek, der in den siebziger Jahren in Freiburg lehrte und der Tradition neue Impulse gab. Der Sammelband ist sehr sorgfältig und kompetent editiert, ein Standardwerk, an dem kein ökonomisch und geschichtlich Interessierter vorbeikommt, der den Reichtum dieser spezifisch deutschen Variante des Wirtschaftsliberalismus kennenlernen will.

Ihre Ursprünge hatte die Freiburger Schule in einer Krisensituation, den frühen dreißiger Jahren. Die liberale Marktwirtschaft schien am Ende, zumindest aber in einer existentiellen Krise. Daher betrieben Eucken und seine Mitstreiter eine Revision der liberalen Theorie. Ihre Kernaussage war: Der marktwirtschaftliche Wettbewerb braucht, um sich nicht selbst zu gefährden, einen staatlichen Ordnungsrahmen. „Der neue Liberalismus ... fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten“, erklärte Rüstow. Gemeint war ein starker, aber schlanker Staat, der sich zurückhält und auf willkürliche Interventionen und Subventionen verzichtet. Ein aufgeblähter, überall eingreifender, helfender und lenkender Staat drohe Beute der Interessengruppen zu werden – und ist letztlich ein schwacher Staat, warnten Rüstow und Eucken.

Einige der in dem Band dokumentierten frühen Grundlagentexte lesen sich arg zeitgebunden, einige ihrer volkswirtschaftlichen und philosophischen Argumentationsfiguren sind dem heutigen Leser fremd. Ziemlich illusionär erscheint etwa das Ideal des „vollkommenen Wettbewerbs“, dem viele der frühen Freiburger

ger anhängen, sowie die wettbewerbspolitischen Ansätze, die auf eine völlige Eliminierung jeglicher „Marktmacht“ hinauslaufen. Diesen Punkt betont Walter Oswald, ein Enkel Euckens, der dessen Einwände gegen Großunternehmen und Konzerne herausstreicht. Immerhin ist bedenkenswert, dass überdimensionierte Großkonzerne nicht nur politisch-gesellschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich eine Gefahr darstellen können, etwa im Finanzwesen, wenn sie als „systemrelevant“ gelten und dann gerettet werden müssen, wie in der aktuellen Krise geschehen.



Nils Goldschmidt et al.: Grundtexte zur Freiburger Tradition

Mohr Siebeck, Tübingen 2008, 780 Seiten, 49 Euro

Die wichtigste Weiterentwicklung der Freiburger Wettbewerbsideen hin zu einer dynamischen Theorie kam durch Hayek. Nach dem Zweiten Weltkrieg neigte auch er der Ansicht zu, „dass der Wettbewerb durch bestimmte staatliche Maßnahmen wirksamer und erfolgreicher gemacht werden kann“, wie er es im dokumentierten Aufsatz „Freie Wirtschaft und Wettbewerbsordnung“ (1947) formulierte. Später allerdings wurde er skeptischer, ob zentrale staatliche Autoritäten jemals das Wissen erwerben könnten, das für solche Eingriffe nötig wäre. Wettbewerb sah er nun primär als Entdeckungsverfahren mit unbekanntem Ausgang.

Vor dieser Frage stehen wir heute wieder: Angesichts der sich in der Krise erwiesenen Zerstörungskraft eines dem Ruder gelaufenen Finanzsystems bedarf es einer staatlichen Ordnung, die jedoch nicht der Illusion einer perfekten Planbarkeit zur Ausschaltung aller Risiken unterliegen darf. Am klügsten ist diejenige Regulierung, die anreizkompatibel ist und daher auf Selbstregulierung und Selbstdisziplinierung der Akteure setzt, indem sie private Haftung für alle Geschäfte einfordert.

Das Haftungsprinzip war eines der von Eucken vehement geforderten konstituierenden Prinzipien der Marktwirtschaft: Hätten die Finanzjongleure mehr mit eigenem Geld und weniger mit (von den Zentralbanken künstlich verbilligtem) Fremdkapital spekuliert, hätten sie vermutlich mehr auf die Entwicklung der Risiken geachtet. Diese Einsicht aus Freiburg ist zeitlos und sollte stärker beachtet werden. PHILIP PLICKERT

Langfristig denken, Muster erkennen

Die Wirtschaftsgeschichte steht in der VWL im Absense – obwohl sie viel zu bieten hat

Sie sind eine seltene Spezies geworden: Wirtschaftshistoriker an deutschen Universitäten. Seit 1990 seien etwa ein Viertel der Lehrstühle an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten geschlossen worden, beklagt Jochen Streb, Vorsitzender des wirtschaftshistorischen Ausschusses im Verein für Socialpolitik, der größten Ökonomenorganisation im deutschen Sprachraum. „Es hat einen ziemlichen Bedeutungsverlust gegeben“, sagt Streb, „aber es gibt auch gute Nachrichten aus Köln, Berlin und aus München, wo Lehrstühle erhalten bleiben.“ Er schätzt, dass es im deutschsprachigen Raum noch rund 50 Lehrstühle für Wirtschaftsgeschichte gebe – je etwa zur Hälfte an VWL- und an Geschichtsfakultäten. Albrecht Ritschl, der an der London School of Economics lehrt, sagt mit gewisser Zuversicht, das Fach Wirtschaftsgeschichte habe sich in Deutschland nach Jahren des Abbaus „auf niedrigem Niveau stabilisiert“.

Betrachtet man die internationale akademische Welt, so ist die Wirtschaftsgeschichte keineswegs ein Auslaufmodell. Beim Kongress der International Economic History Association in Utrecht Anfang August herrschte mit etwa 1200 Teilnehmern, davon etwa 50 aus Deutschland, großer Andrang. „In Großbritannien und den Vereinigten Staaten, in den Niederlan-

den und in Schweden gibt es richtige Zentren für die wirtschaftsgeschichtliche Forschung, das fehlt in Deutschland völlig“, sagt Streb, der an der Universität Hohenheim forscht. Hierzulande seien die Wirtschaftshistoriker oftmals isoliert.

Zum Teil allerdings haben sich die deutschen Professoren diese Entwicklung selbst zuzuschreiben. „In Amerika kam in den sechziger und siebziger Jahren die Cliometrie auf“, erklärt Streb. Der Name setzt sich zusammen aus „Clio“, der Muse der Geschichte, und „Metrik“, dem griechischen Wort für die Kunst des Messens. Wirtschaftsgeschichte sollte also mit quantitativen Methoden erforscht und analysiert werden. Einer der Pioniere dieser Entwicklung war Robert Fogel, der mit seiner originellen Forschung über die Sklaverei und den Einfluss der Eisenbahnen auf das Wirtschaftswachstum in Amerika bekannt wurde. 1993 wurde er mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet.

„Die Entwicklung moderner Methoden wurde in Deutschland zu lange verschlafen und von manchen auch bewusst abgelehnt“, sagt Streb, „erst vor einigen Jahren haben wir den Anschluss geschafft.“ Nun habe die Hinwendung der Wirtschaftshistoriker zu ökonomischen Methoden und ökonomischen Theorien den wissenschaftlichen Kontakt mit den anderen Ökonomen wieder möglich gemacht.

Allerdings mangelt es zu vielen heutigen Ökonomen an Interesse für Wirtschaftsgeschichte. Die Wirtschaftswissenschaft wird dadurch ärmer. Martin Hellwig vom Bonner Max-Planck-Institut formuliert es so: „Die Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsgeschichte ist wichtig, denn sie ist eine der Quellen empirischen Wissens, und wir haben nicht viele solche Quellen.“ Der frühere Vorsitzende der Monopolkommission erinnert sich an seiner Studienzeit in Amerika. „Die beste ökonomische Vorlesung, die ich je gehört habe, war die Vorlesung von Peter Temin über Wirtschaftsgeschichte am MIT.“ Dieser Kurs habe ihm gezeigt, wie hilfreich die Konzepte der Ökonomie bei der Analyse und Erklärung empirischer, hier historischer Phänomene sind. „Dann nimmt man die Dinge mit anderen Augen wahr“, sagt Hellwig. Er habe dabei auch gelernt, dass man jeweils erst prüfen müsse, welche theoretischen Modelle überhaupt auf die konkrete Situation passen könnten.

Auch als Vorsitzender der Monopolkommission hat er historische Analysen mit einbezogen. Ein brisantes Beispiel ist die Finanzkrise. 2004 warnte das Hauptgutachten der Monopolkommission, dass die von der Bundesregierung verfolgte Strategie der Schaffung von „nationalen Champions“ im Banksektor die Gefahr

von „moral hazard“ mit sich brächten. Denn solche „Champions“ tendierten dazu, im Vertrauen, sie seien „too big to fail“, übermäßig große Risiken einzugehen. Hellwig zog eine Parallele zur Bankenkrise von 1931. „Diese Krise wurde auch dadurch verursacht, dass die Großbanken mit Zweigstellensystemen eine ungesunde Liquiditätspolitik verfolgt hatten, wohl im Vertrauen darauf, dass die Reichsbank gegebenenfalls schon helfen werde“, sagt Hellwig. Auf dieses Gutachten antwortete damals die Bundesregierung, die heutige Bankenaufsicht funktioniere so, dass sich jeglicher Vergleich mit 1931 verbiete. Eine solche Krise könne sich nicht wiederholen.

Nach Ansicht von Jochen Streb liegt der Mehrwert der Wirtschaftsgeschichte darin, dass sie wiederkehrende Muster erkennt. Ein Beispiel sei die Globalisierung: „Schon im späten neunzehnten Jahrhundert gab es eine frühe Globalisierung mit allen auch gegenwärtig vorhandenen Vorteilen und Problemen, bis dann in den zwanziger Jahren und vor allem in den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts eine protektionistische Antiglobalisierungspolitik die Integration der Weltwirtschaft unterbrach.“ Daraufhin verschärfte sich die Rezession drastisch. Diese Fehler wurden in der aktuellen Krise nicht wiederholt. PHILIP PLICKERT